

# ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung des

**Rates der Stadt Brakel**  
**am 15.12.2005**  
**in Brakel, Sitzungssaal der "Alte Waage"**

Beginn: **18:00 Uhr**

Ende: **20:35 Uhr**

Anwesend sind unter dem Vorsitz des **Bürgermeisters Friedhelm Spieker** die Ratsmitglieder:

## **CDU**

Allerkamp, Franz-Hermann  
Beyermann, Elisabeth  
Disse, Ulrich  
Gerdes, Ferdinand  
Giefers, Raimund  
Grewe, Ursula  
Hartmann, Rainer  
Heilemann, Stefan  
Krömeke, Johannes  
Lange, Heinz  
Lohre, Helmut  
Markus, Norbert  
Muhr, Adolf  
Neu, Walburga  
Peter, Bernd  
Rode, Alexander

## **SPD**

Aßmann, Peter  
Beineke, Elisabeth  
Kruse, Johannes  
Löffelbein, Angelika  
Multhaupt, Dirk  
Multhaupt, Hans-Jürgen  
Wohter, Rudolf

## **UWG/CWG**

Rissing, Robert  
Rohde, Burkhard  
Rox, Franz  
Volkhausen, Erwin  
Wintermeyer, Paul

## **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**

Schulte, Meinolf  
Hogrebe- Oehlschläger,  
Ulrike

## **FDP**

Hartmann, Manfred

## **Es fehlt das Ratsmitglied**

Wulff, Michael (CDU)

## **Von der Verwaltung nehmen teil:**

StOVR Hermann Temme  
StOAR Dieter Güthoff  
StOAR Rudolf Schröder  
StBAR Johannes Groppe  
StAR Peter Frischemeier bis TOP 12b  
StAR Reinhard Riepe bis TOP 1  
Verw.-Ang. Andreas Oesselke

Der **Bürgermeister** eröffnet die Sitzung, begrüßt die zahlreichen Zuhörer, den Vertreter der Presse sowie die Sitzungsteilnehmer und stellt die **Beschlussfähigkeit** fest.

Auf Antrag des Bürgermeisters wird die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Punkt

**1 Zuschuss der Stadt Brakel an den kath. Kindergarten St. Michael, Brakel**

Antrag des Gemeindeverbandes Hochstift Paderborn auf Übernahme des Kirchensteuerausfalls, alternativ Schließung einer Gruppe,

aus dem bisherigen TOP 1 wird 1a, die restliche Nummerierung bleibt bestehen,

sowie im nichtöffentlichen Teil um den Punkt

**12b Grundstücksangelegenheiten**

Erwerb von Flächen im geplanten Neubauwohnggebiet an der Brunnenallee in Brakel

*Abschluss eines Grundstückskaufvertrages mit Herrn Jörg Tilly*

**einstimmig** erweitert.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Die Tagesordnung wird darauf hin wie folgt erledigt:

## A) Öffentliche Sitzung

**1. Zuschuss der Stadt Brakel zu den Trägerkosten des kath. Kindergartens „St. Michael“, Berliner Str., Brakel;**

Antrag des Gemeindeverbandes Hochstift Paderborn auf Übernahme des Kirchensteuerausfalles, alternativ Schließung einer Gruppe

Drucksache-Nr.: 90

Berichterstatter: StOVR Temme

Nach kurzer Sachverhaltsdarstellung ergänzt StOVR **Temme**, dass sich der Haupt- und Finanzausschuss am 06.12.2005 bereits mit dieser Thematik befasst hat. Die Fraktionssprecher haben zwischenzeitlich ein Gespräch mit Pastor Koch als Träger des St. Michaels Kindergarten geführt.

Bürgermeister **Spieker** stellt dar, dass in den nächsten Jahren aufgrund der fehlenden Kinder die gleiche Problematik bei den städt. Kindergärten auftreten wird und verweist auf den Kindergartenbedarfsplan.

Ratsherr **Aßmann** erklärt, dass er die 75%-Quote seitens des Erzbistums Paderborn für eine absurde Regelung hält und seine Fraktion sich gegen eine Finanzierung durch die Stadt Brakel ausspricht. Diese würde eine Erhöhung des bisherigen freiwilligen Zuschusses um 133,- € pro Kindergartenplatz bedeuten. Bei einer Gleichbehandlung aller Kindergärten in der Kernstadt Brakel bedeutet dies Mehrausgaben von fast 48.000,- €. Als Ergebnis aus dem Gespräch mit dem Träger des Kindergartens ist festzuhalten, dass eine Drittelung des Fehlbetrages vorgesehen ist. Ein Drittel wird durch den Elternverein geleistet, ein Drittel durch die Kirchengemeinde St. Michael als Träger der Einrichtung und ein Drittel soll durch öffentliche Spenden eingenommen werden.

Er teilt ferner mit, dass es eine gewisse Tradition der SPD-Fraktion ist, für Kinder- und Jugendeinrichtungen zu spenden und daher 700,- € an den Kath. Kindergarten St. Michael gespendet werden.

Ratsherr Aßmann regt alle anderen Ratsfraktionen an, ebenfalls zu spenden.

Ratsherr **Lohre** stellt klar, dass die Stadt der falsche Adressat ist. Das erzbischöfliche Generalvikariat (EGV) ist für diese Situation verantwortlich, nicht die Stadt Brakel. Vor wenigen Jahren wurden noch hohe Investitionen in diesen Kindergarten getätigt und heute soll ein Teil davon geschlossen werden. Er spricht sich gegen eine generelle Vorgabe zum Spenden aus. Es sollte jedem selbst überlassen sein, freiwillig zu spenden.

Ratsherr **Aßmann** erklärt, dass sein Spendenaufruf eine Anregung und keine Vorgabe ist.

Ratsherr **Schulte** dankt der CDU-Fraktion, dass sie der Vertagung zugestimmt hat und so in dem geführten Gespräch mit der Drittelung des Fehlbetrages eine Übergangslösung gefunden werden konnte.

Ratsherr **M. Hartmann** erklärt, dass es das Interesse aller Anwesenden ist, jede Kindergartengruppe zu erhalten. Jedoch gibt er Ratsherr Lohre Recht, dass der Rat die ganze Stadt zu vertreten hat. Es könne nicht sein, dass die Stadt verantwortlich gemacht wird für die „Rasenmähermethoden“ eines Finanzsanierers beim EGV. Der Rat ist nicht verantwortlich für die gemachten Vorgaben, der EGV schiebt seine Verantwortung aber auf die Stadt ab, wobei festzustellen ist, dass seitens der Kirche keinerlei Kompromissbereitschaft besteht. Er sieht das sich Zurückziehen ehemals verlässlicher Partner als Warnsignal, welches man nicht ausser Acht lassen darf.

Abschließend spricht er den Eltern und Kindergärtnerinnen seine Anerkennung für ihre Mühen aus und stellt fest, dass das Miteinander und Füreinander immer wichtiger wird.

Ratsherr **Heilemann** regt an, dass man innerhalb der Kernstadt einen Austausch der Kinder zwischen den einzelnen Einrichtungen anhand der Konfession durchführen sollte, um so die Vorgaben erfüllen zu können. Ein ähnliches Vorgehen wird unabhängig von der Konfession auf den Ortschaften teilweise bereits praktiziert, um die Kindergartengruppen in Ihrem Bestand zu erhalten.

Ratsfrau **Löffelbein** hält den Vorschlag des Herrn Heilemann für bedenkenswert und stimmt den Ausführungen des Herrn Hartmann weitestgehend zu, jedoch muss in diesem Fall ein Kompromiss gefunden werden.

Bürgermeister **Spieker** erläutert, dass das Hauptproblem die vorgegebene Quotierung ist. Jeder Träger ist zwar für sein Geld verantwortlich, jedoch hätte man das laufende Kindergartenjahr abwarten können, bis man solche Regelungen trifft.

Die Stadt ist kein Ausfallbürge für andere Stellen. Die Stadt hat ihre Arbeit gemacht, diesen erkennt man daran, dass für 2006/2007 ein Deckungsgrad zwischen 95 und 103% bei den Kindergartenplätzen besteht.

Ratsherr **Schulte** bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses die Entwicklung der Kindergartenstellen näher vorzustellen.

Abschließend bittet Ratsherr **Aßmann**, aufgrund der Tatsache, dass nicht alle Mitglieder die Unterlagen des Haupt- und Finanzausschusses dabei haben, den Beschlussvorschlag noch einmal zu verlesen.

Beschluss :

Der Rat beschließt **einstimmig**, einer Übernahme des ausfallenden Kirchensteueranteiles zu den Betriebskosten des Kath. Kindergartens „St. Michael“ angesichts der eigenen Finanzsituation nicht zuzustimmen.

### 1a. Ehrenordnung der Stadt Brakel

Neufassung aufgrund der Regelungen des Korruptionsbekämpfungsgesetzes

Drucksache Nr.: 79

Berichterstatter: StAR Frischemeier

Nach kurzer Sachverhaltsdarstellung ergänzt StAR **Frischemeier**, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 06.12.2005 einstimmig empfohlen hat, den Entwurf der vorliegenden Ehrenordnung zu beschließen. Ein Abdruck der Ehrenordnung mit Berücksichtigung der empfohlenen Alternativen wurde vor Beginn der Sitzung als ergänzende Tischvorlage verteilt.

Ratsherr **Lohre** spricht sich für den Beschlussvorschlag aus, wehrt sich aber gegen die Korruptionsunterstellung gegenüber den Ratsmitgliedern, welcher sich aus den Vorgaben des Landes ableiten lässt.

Auf die Verständnisfrage des Ratsherrn **Heilemann** erläutert Bürgermeister **Spieker**, dass jedermann ein Einsichtsrecht in die betreffenden Angaben der Ratsmitglieder hat.

Auf die Anfrage der Ratsfrau **Hogrebe-Oehlschläger**, wie Bürgermeister **Spieker** seine Beteiligungen und Nebentätigkeiten zu veröffentlichen hat, erklärt dieser, dass die von ihm wahrgenommenen Nebentätigkeiten, wie dieses Jahr bereits erfolgt, dem Rat angezeigt werden. Beteiligungen etc. hat er dem Landrat des Kreises Höxter gegenüber anzuzeigen. Eine Presseveröffentlichung erfolgt nicht.

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig** die der Vorlage als Entwurf beigefügte Ehrenordnung des Rates der Stadt Brakel mit folgender Alternative

- § 2 Abs. 1 (Art der Veröffentlichung) Hinweis im Amtsblatt, dass die Daten in der Verwaltung zur Einsichtnahme bereit liegen.
- § 2 Abs. 3 (Adressat des Berichtes des Bürgermeisters zur Einhaltung der Auskunftspflicht) der Rat der Stadt Brakel

und folgender Ergänzung zu § 2 Abs. 4

„Die Mandatsträger werden über die Löschung der Daten benachrichtigt.“

Die Ehrenordnung ist als **Anlage 1** Bestandteil der Niederschrift.

## 2. Neufassung der Vergnügungssteuersatzung

Drucksache Nr. 80

Berichterstatter: StOAR Güthoff

Nach kurzer Sachverhaltsdarstellung ergänzt StOAR **Güthoff**, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 06.12.2005 dem Rat einstimmig bei einer Enthaltung empfohlen hat, die Vergnügungssteuersatzung zu beschließen.

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig** den der Vorlage beigefügten Entwurf der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Brakel als Satzung.

Die Satzung wird als **Anlage 2** Bestandteil der Niederschrift.

## 3. Hundesteuersatzung der Stadt Brakel vom 12.12.1997

Erlass der 2. Änderungssatzung

Drucksache Nr. 81

Berichterstatter: StOAR Güthoff

Nach kurzer Sachverhaltsdarstellung durch StOAR **Güthoff** fragt Ratsherr **Heilemann** an, ob es richtig ist, dass jemand der Hilfe zum Lebensunterhalt bezieht einen sog. Kampfhund vergünstigt halten darf. StOAR **Güthoff** und Verw.-Ang. **Oesselke** zitieren aus der Hundesteuersatzung, dass eine Steuerbegünstigung nicht für die sog. „gefährlichen Hunde“ gewährt wird.

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig** den der Vorlage beigefügten Entwurf der 2. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Brakel vom 12.12.1997 als Satzung. Die Satzung wird als **Anlage 3** Bestandteil der Niederschrift.

**4. Änderung der Vergaberichtlinien der Stadt Brakel für die Vergabe aller Lieferungen und Leistungen einschl. der Bauleistungen, bei denen die Stadt Brakel einschl. ihrer Eigenbetriebe Auftraggeber ist**

Drucksache Nr. 82  
Berichterstatter: StBAR Groppe

Nach kurzer Sachverhaltsdarstellung durch StBAR **Groppe** bittet Ratsherr **Wintermeyer** die Unterschiede zwischen VOL und VOB kurz anhand eines Beispiels darzulegen.

Bürgermeister **Spieker** erklärt, dass die VOB die Vergabe von Bauleistungen, die VOL die Vergabe von Dienstleistungen und Sonstigem regelt und erläutert dies an dem Beispiel eines Autokaufes.

Ratsherr **Aßmann** stellt fest, dass die in den Vergaberichtlinien festgelegten Schwellenwerte sich aus der Hauptsatzung bzw. den Zuständigkeitsregelungen der Ratsausschüsse ergeben und fragt an, ob die Eigenbetriebe eigenständig zu entscheiden haben. Dieses wird von Bürgermeister **Spieker** bestätigt.

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig**, dass die vorbereiteten Vergaberichtlinien der Stadt Brakel ab sofort als Arbeitsgrundlage nur noch für die Vergabe von Bauleistungen entsprechend den Vorgaben der VOB dienen, bei denen die Stadt Brakel einschl. ihrer Eigenbetriebe Auftraggeber ist.

Die geänderten Vergaberichtlinien sind als **Anlage 4** Bestandteil der Niederschrift.

**5. Bebauungsplan Nr. 15, 2. Änderung „Am Bahndamm“ in der Kernstadt Brakel**

Erlass einer Veränderungssperre  
Drucksache Nr. 83  
Berichterstatter: StBAR Groppe

Nach kurzer Sachverhaltsdarstellung ergänzt StBAR **Groppe**, dass der Bauausschuss in seiner Sitzung am 30.11.2005 den Erlass einer Veränderungssperre empfohlen hat.

Nach kurzer Erläuterung durch Bürgermeister **Spieker** fragt Ratsherr **Schulte** an, ob keine Möglichkeit besteht einen Verbindungsweg zwischen den Einkaufsmärkten LIDL und ALDI herzustellen. Ratsherr **Lohre** teilt mit, dass dieser Wunsch schon seit Jahren besteht jedoch an Auflagen der unteren Wasserbehörde gescheitert ist.

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig**, für den Bereich des Plangebietes des in der 2. Änderung zu ändernden Bebauungsplanes Nr. 15 „Am Bahndamm“ in der Kernstadt Brakel eine Veränderungssperre gem. § 14 BauGB per Satzung zu erlassen. Der beigefügte Satzungsentwurf wird als Satzung beschlossen.

**6. Ausbau der „Johannes-Allerkamp-Straße“ im Stadtbezirk Istrup**

Beschluss zur Durchführung einer Einwohnerversammlung gem. § 23 GO NRW  
Drucksache Nr. 84  
Berichterstatter: StBAR Groppe

Nach kurzer Sachverhaltsdarstellung durch StBAR **Groppe** fragt Ratsherr **M. Hartmann** an, ob er auch an dieser Versammlung teilnehmen und er nicht auch vorgeschlagen werden kann.

Bürgermeister **Spieker** erklärt, dass jeder Einwohner von Brakel an dieser Versammlung teilnehmen kann. Herr **M. Hartmann** kann jedoch aufgrund seines fehlenden Fraktionsstatus nicht als Vertreter des Rates benannt werden.

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig**, eine Einwohnerversammlung gem. § 23 GO NRW i.V.m. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Brakel zur Unterrichtung der Bürger über den **Ausbau der „Johannes-Allerkamp-Straße“ im Stadtbezirk Istrup** durchzuführen. Sie findet am **Dienstag, den 24.01.2005, um 19:00 Uhr im Musikraum der Bürgerhalle Istrup** statt.

Folgende Mitglieder des Rates werden zur Teilnahme an der Versammlung bestimmt:

CDU-Fraktion:	F.-H. Allerkamp	Adolf Muhr (Vertreter)
SPD-Fraktion:	Rudolf Wohter	H.-J. Multhaupt (Vertreter)
UWG/CWG-Fraktion:	Paul Wintermeyer	Robert Rissing (Vertreter)
Fraktion "Die Grünen":	Ulrike Hogrebe-Oehlschläger	Meinolf Schulte (Vertreter)

**7. 30. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Brakel**

- Konzentrationszonen für Windkraftanlagen-
- a. erneute Beratung von Anregungen aus der Offenlegung
- b. Feststellungsbeschluss

Drucksache Nr. 85  
Berichterstatter: StBAR Groppe

Nach kurzer Sachverhaltsdarstellung durch StBAR **Groppe** erklärt Ratsherr **Schulte**, dass die neue Regierung das Energiegesetz beibehalten hat und die Ausweisung einer zusätzlichen Konzentrationszone ein weiterer positiver Aspekt im Hinblick auf die Teilnahme am EEA<sup>®</sup> sein würde.

Ratsherr **Lohre** erklärt, dass er nicht generell gegen regenerative Energien ist, aber auch keine Verspargelung der Landschaft schaffen will. Ferner sei ein Umsteuern beim Land zu dieser Thematik zu erkennen, so dass endlich eine Entscheidung herbeigeführt werden sollte.

Ratsherr **Schulte** entgegnet, dass Strommasten auch nicht sonderlich schön sind.

In der sich anschließenden kontroversen Diskussion äußern die Ratsherren **Rox** und **Wintermeyer** ihre Kritik an der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister **Spieker** erklärt abschließend, dass zwei Konzentrationszonen für Windkraftanlagen vorhanden sind und man schlechte Binnenstandorte nicht besser stellen sollte.

Ratsherr **Abmann** beantragt seitens der SPD-Fraktion sowohl zu den Anregungen als auch für den Feststellungsbeschluss namentliche Abstimmung.

Beschlüsse:

**a) Beratung von Anregungen aus der Offenlegung**

**EnerSys – Gesellschaft für regenerative Energien mbH**

Der Rat weist die Anregungen der **EnerSys** mit dem Ziel der Ausweisung einer weiteren Vorrangzone im Stadtbezirk Schmechten **mehrheitlich bei 14 Gegenstimmen und einer Enthaltung** zurück.

**b) Feststellungsbeschluss**

Der Rat der Stadt Brakel beschließt **mehrheitlich bei 14 Gegenstimmen und einer Enthaltung**, den Entwurf zur 30. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Brakel durch abschließenden Beschluss festzustellen. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Einholung der Genehmigung der Bezirksregierung Detmold die Verbindlichkeit dieser Änderung herbeizuführen.

**8. Teilnahme der Stadt Brakel am european energy award®**

Drucksache Nr. 86

Berichterstatter: StOVR Temme

Bürgermeister **Spieker** präsentiert den European Energy Award® der ihm und dem Energieteam der Stadt Brakel am 03.11.2005 überreicht wurde und erklärt, dass die Teilnahme an diesem Wettbewerb unter der Federführung von StOVR Temme stand.

StOVR **Temme** erläutert anhand des der Vorlage beigefügten Auszuges aus dem eea-Bericht die Bewertung der einzelnen Handlungsfelder und ergänzt, dass die Stadt Brakel auch weiterhin an diesem Wettbewerb teilnehmen will, mit dem Bestreben zukünftig noch besser abzuschneiden.

Bürgermeister **Spieker** ergänzt, dass Brakel nach Bielefeld erst die zweite Stadt in OWL ist, die diesen Preis erhalten hat.



Ratsherr **Rox** spricht der Stadt Brakel sein Lob für das erzielte Ergebnis aus, hinterfragt aber die Energiesparmaßnahmen an den kommunalen Gebäuden und den Einsatz regenerativer Energien. Ferner bittet er um weitere Informationen, wie sich die einzelnen Bewertungen zusammensetzen.

Bürgermeister **Spieker** teilt mit, dass Anträge für Biogasanlagen vorliegen und auch das Gespräch mit den Schulen bezüglich des Einsatzes von Photovoltaik-Anlagen gesucht wird.

StOVR **Temme** ergänzt, dass die Bewertungsübersicht der Niederschrift beigelegt wird.

Kenntnisnahme:

Der Rat nimmt die Ausführungen zur Teilnahme am EEA<sup>®</sup> sowie die Optimierungsbestrebungen der Verwaltung im Energie- und Klimaschutzbereich zustimmend und unterstützend zur Kenntnis.

## 9. Bekanntgaben der Verwaltung

### Seniorenveranstaltung

Bürgermeister **Spieker** gibt bekannt, dass die alljährliche Seniorenveranstaltung am 08.07.2006 um 16:00 Uhr stattfinden wird. Aufgeführt wird das Stück „Ein Sommernachtstraum“ von Shakespeare.

## 10. Anfragen der Ratsmitglieder

### Straßenabschnitt zwischen „Am Bahndamm“ und K 18

Ratsherr **Aßmann** erklärt, dass der Straßenabschnitt zwischen der Straße „Am Bahndamm“ und dem Kreuzungsbereich K 18/Ostheimer Straße sehr starke Spurrillen aufweist und hinterfragt die Zuständigkeit für diesen Abschnitt. StBAR **Groppe** teilt mit, dass es sich hierbei um eine Kreisstraße handelt.

### Verlängerung der Straße „Am Galgenberg“

Ratsfrau **Hogrebe-Oehlschläger** teilt mit, dass an der Verlängerung der Straße „Am Galgenberg“ Richtung Hembsen vermehrt Unrat anzufinden ist. Bürgermeister **Spieker** erklärt, dass er diese Anregung aufnehmen wird.

### Kanufahren auf der Nethe

Ratsherr **M. Hartmann** fragt an, inwieweit die Möglichkeit des Kanufahrens auf der Nethe als touristischer Aspekt berücksichtigt wird. Bürgermeister **Spieker** erklärt, dass die Nethe in den Sommermonaten nicht durchgängig befahrbar ist und daher bisher keine Berücksichtigung fand.

### **OD Bellersen**

Ratsfrau **Löffelbein** hinterfragt den Verfahrensstand bezüglich der Ortsdurchfahrt Bellersen. Bürgermeister **Spieker** teilt mit, dass die beantragten Mittel zwischenzeitlich bewilligt wurden, jedoch aus klimatischen Gründen derzeit Stillstand ist. Die Ausschreibungen diesbezüglich laufen.

### **Annenkapelle**

Ratsherr **Heilemann** fragt an, inwieweit eine Ausbesserung der Straße zur Annenkapelle erfolgen kann. Bürgermeister **Spieker** erklärt, dass es eine Kommission zur Bewertung der Straßen gibt und es weitaus wichtigere Stellen gibt, für die Finanzmittel aufgewendet werden müssen. Diesbezüglich gibt er einen Ausblick darauf, dass aufgrund der Auflagen für den Hochwasserschutz bis Okt. 2006 noch zwei Regenrückhaltebecken zu bauen sind, die ca. 700.000,- € Kosten verursachen.

### **Feuerwehrgerätehaus Hembsen**

Ratsherr **Krömeke** hinterfragt den Verfahrensstand bezüglich der Mängel am Feuerwehrgerätehaus in Hembsen. StBAR **Groppe** teilt mit, dass der Besichtigungstermin zwischenzeitlich stattgefunden hat.

## **11. Anfragen der Zuhörer**

### **Energieberater**

Herr **Ewen** fragt an, ob die Stadt Brakel einen hauptamtlichen Energiebeauftragten beschäftigt. Bürgermeister **Spieker** teilt mit, dass dies nicht der Fall ist und erläutert, dass diese Aufgaben dezentral erfüllt werden.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem kurzen Jahresrückblick und einem Dank an die Teilnehmer insbesondere für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr schließt Bürgermeister Spieker die Sitzung und lädt alle Ratsmitglieder zum alljährlichen Weihnachtsessen in das Hotel Mediterran ein. Vorab wurde mit den Fraktionssprechern abgestimmt, dass kein Unkostenbeitrag erhoben, sondern stattdessen das Sitzungsgeld für diese Sitzung einbehalten wird.

**Spieker**  
(Bürgermeister)

**Oesselke**  
(Schriftführer)

# **Anlagen**

**zur Niederschrift**

**über die 10. Sitzung des Rates  
der Stadt Brakel**

**am 15.12.2005**